

Inhaltlicher Antrag

Initiator*innen:

Titel: Inflationsangleichung für Bafög und Ausbildungsvergütung

Die LDK möge beschließen und an den SPD-Landesparteitag weiterleiten:

Antragstext

1 **Steigende Lebenshaltungskosten sind eine große Herausforderung für Studierende**
2 und Auszubildende. Während Mieten, Lebensmittel und Energiekosten immer teurer
3 werden, sind die BAföG-Sätze und die Mindest-Ausbildungsvergütung immer noch auf
4 einem existenzgefährdenden Niveau. Anpassungen erfolgen meist erst nach langen
5 politischen Debatten durch Gesetzgebungsprozesse und greifen dann oft zu spät.
6 Daher muss eine Anpassung unabhängig von Gesetzesreformen, der Exekutivmacht des
7 Bildungsministeriums und ohne Kommissionen erfolgen, vor allem um zu verhindern,
8 dass Arbeitgebervertretende den Prozess für die Ausbildungsvergütung
9 systematisch hinauszögern, da sie von günstigen Arbeitskräften, beispielsweise
10 im Handwerk, profitieren.

11 **Damit junge Menschen während ihrer Ausbildung oder ihres Studiums nicht in**
12 **finanzielle Schwierigkeiten geraten, braucht es eine automatische**
13 **Inflationsanpassung.** Steigen die Preise für grundlegende Bedürfnisse wie Energie
14 und Lebensmittel, müssen BAföG und die Ausbildungsvergütung entsprechend
15 angepasst werden, ohne Verzögerung und ohne bürokratische Hürden. So würde
16 sichergestellt, dass finanzielle Unterstützung wirklich ausreicht, um den
17 Lebensunterhalt zu decken.

18 **Eine solche Regelung würde nicht nur mehr finanzielle Sicherheit bieten, sondern**
19 **auch dafür sorgen, dass sich Studierende und Auszubildende auf ihre Ausbildung**

20 konzentrieren können, anstatt sich mit Existenzängsten oder zu vielen Nebenjobs
21 zu belasten – die Belastung kann im Extremfall sogar so hoch sein, dass die
22 Ausbildung/das Studium abgebrochen werden muss. Bildung darf nicht vom
23 Geldbeutel abhängen, eine gerechte, zeitnahe und zielgerichtete Anpassung ist
24 daher unerlässlich.

25 **Wir fordern deshalb die Kopplung der Mindest-Ausbildungsvergütung sowie des**
26 **BAföG-Satzes an die Lebenshaltungskosten. Dazu zählen in unserer Definition die**
27 **Energie- und Lebensmittelkosten, falls diese im Vergleich zum Preisdurchschnitt**
28 **des Vorjahres um mehr als 3 % gestiegen sind.**

29 **Wir fordern eine klar vorgeschriebene jährliche Anpassung der Mindest-**
30 **Ausbildungsvergütung sowie des BAföG-Grundbedarfs, die sich an der**
31 **Preisentwicklung orientiert und eine inflationsbereinigte Förderung**
32 **gewährleistet. Bei außergewöhnlichen Preissteigerungen, wie etwa während einer**
33 **Energiekrise, soll ein gesetzlich geregelter Krisenmechanismus greifen, der**
34 **unterjährige Sonderzahlungen oder andere Ausgleichsinstrumente ermöglicht. Zudem**
35 **müssen regionale Unterschiede bei den Lebenshaltungskosten berücksichtigt**
36 **werden: Wohnpauschale und Berufsausbildungsbeihilfe sollen realistische**
37 **Mietkosten am Ausbildungs- oder Studienort abbilden, etwa analog zum**
38 **Wohngeldrecht oder auf Basis lokaler Mietspiegel. Eine regelmäßige,**
39 **nachvollziehbare Neubewertung der Fördersätze auf Basis amtlicher Daten stellt**
40 **sicher, dass die Förderung dauerhaft realitätsnah bleibt.**